

„Die Arbeitnehmer sollten einen gerechten Anteil an der wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Branche erhalten“

NRW-Arbeitsminister Karl-Josef Laumann ist Bundesvorsitzender der CDA, der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft Deutschlands. In der CDA sind auch viele Metaller. Aber wie passt das zusammen – CDU und Gewerkschaft? Minister Laumann gibt der **metallzeitung Antworten:**

metallzeitung: Minister Laumann, wie passt das zusammen, CDU-Minister und Metaller?

NRW-Arbeitsminister Karl-Josef Laumann: Ich finde, dass ein Minister, der gleichzeitig Gewerkschafter ist, sehr gut zum Gedanken einer Einheitsgewerkschaft passen. Wir brauchen nicht nur in den Parteien, sondern auch in der Politik insgesamt einen starken Arbeitnehmerflügel. Außerdem habe ich vor meiner Arbeit als Bundestagsabgeordneter und Minister 17 Jahre als Maschinenschlosser an der Werkbank gestanden. Diese Zeit als aktiver Metaller hat mich und mein anschließendes Politikerleben geprägt. Auf diese Wurzeln bin ich stolz. Ich war, bin und bleibe Metaller.

metallzeitung: Wie sehen Sie derzeit das Image der IG Metall?

Laumann: Die jetzige IG Metall - Führung mit Herrn Huber und Herrn Wetzel verkörpert eine moderne und effiziente Gewerkschaftsarbeit. Die IG Metall wird nicht mehr als eine Betonfraktion, sondern als eine moderne Interessenvertretung der Metall-Arbeitnehmer wahrgenommen. Das hilft uns sehr.

metallzeitung: Halten Sie die Tarifempfehlung des IG Metall Vorstands von 7 bis 8 Prozent für überzogen?

Laumann: Zu laufenden oder anstehenden Tarifverhandlungen werde ich mich nicht äußern, denn Tarifautonomie heißt nun einmal auch, dass sich dort Politik heraushalten sollte. Allerdings bin ich schon der Meinung, dass Arbeitnehmer einen gerechten Anteil an der wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Branche erhalten sollen.

metallzeitung: Gerade die Lohnzurückhaltung der vergangenen Jahre hat auch zum wirtschaftlichen Aufschwung in Deutschland beigetragen.

Laumann: An der Ernte der gesäten Früchte sollten auch die Arbeitnehmer teilhaben. Die Tarifautonomie ist eine der größten Errungenschaften der Sozialen Marktwirtschaft. Leider erleben wir heute einige Wirtschaftsbereiche, in denen es keine starken Gewerkschaften und damit keine starke Interessenvertretung der Arbeitnehmer gibt. Damit sind dann kaum noch eine gerechte Lohnfindung und Flächentarifverträge möglich. Wer Tarifautonomie erhalten will, muss für starke Gewerkschaften eintreten.

metallzeitung: Von Dumpinglöhnen kann in Deutschland niemand leben.

Laumann: Wenn wir unseren Wohlstand erhalten wollen, dann kann dies nur mit der Produktion von Spitzenprodukten geschehen, die gerecht entlohnt werden muss. Und für diese Lohnfindung brauchen wir Tarifvertragsparteien.

metallzeitung: Sie schreiben in den "Petersberger Eckpunkten der CDU-Landtagsfraktion NRW", dass in der Bildung von Berufsgewerkschaften wie Marburger Bund oder GDL eine Stärkung der Tarifautonomie gesehen werden kann. Nach Meinung der DGB-Gewerkschaften bedeuten diese Verbände aber eine Entsolidarisierung der Tarifverträge.

Laumann: Wir müssen einfach akzeptieren, dass diese Berufsgruppen eine eigene Vertretung ihrer Interessen wünschen. Man darf es sich nicht zu einfach machen und das sofort als unsolidarisch kritisieren. Schließlich sind diese Gewerkschaften oftmals sehr erfolgreich und erreichen einiges für ihre Mitglieder. Berufsgewerkschaften entstehen überall dort, wo sich Spezialisten von den Einheitsgewerkschaften nicht ausreichend vertreten fühlen. Das muss man schon zur Kenntnis nehmen.

metallzeitung: Sie sind Bundesvorsitzender der CDA - was bedeutet Ihnen dieses Amt? Und welchen Einfluss hat CDA auf die Politik der CDU?

Laumann: Ich fühle mich der christlichen Soziallehre sehr verbunden. Die CDA ist die einzige politische Vereinigung in der deutschen Politik, die sich um die Durchsetzung dieses Gedankengutes und dieses Menschenbildes bemüht. Deshalb ist mir die CDA sehr wichtig. Die CDU wäre ohne ihre christlich-sozialen Wurzeln keine Volkspartei mehr. Deshalb ist die CDA auch für die CDU wichtig. Im Übrigen haben wir als CDA großen Erfolg. Denken Sie nur an die Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I für langjährig Versicherte, an die CDU-Position zum Schonvermögen für die Altersvorsorge im SGB II oder an unseren Vorstoß für mehr Mitarbeiterkapitalbeteiligung. Viele dieser Punkte wurden von den Sozialdemokraten wie Herrn Müntefering schwer bekämpft. Die CDA hat in den vergangenen Jahren gezeigt, dass die CDU auch ein Arbeitnehmergesicht hat. Das werden wir auch weiter tun.

metallzeitung: Die geschäftsführenden Vorstandsmitglieder der IG Metall und das CDU-Präsidium hat sich kürzlich in Berlin getroffen. Was waren Ihrer Meinung nach die größten Gemeinsamkeiten?

Laumann: Das war ein gutes und offenes Gespräch. Gemeinsamkeiten gab es insbesondere bei der positiven Bewertung der Tarifautonomie und der beruflichen Bildung und Integration, für die wir gemeinsam streiten wollen. Inhaltlich streiten kann man sich beim Thema Zeitarbeit. Ich bin dafür, hier genau hinzuschauen.

Wir dürfen die Leiharbeit weder heilig sprechen noch von vornherein verdammen.

metallzeitung: Sind Sie für die Rente mit 67?

Laumann: An der Erhöhung des Renteneintrittsalters führt aufgrund der demographischen Entwicklung kein Weg vorbei. Wir können aufgrund von Generationengerechtigkeit unseren Kindern und Enkelkindern nicht überschuldete Staatshaushalte und unermesslich steigende Sozialversicherungsabgaben hinterlassen. Allerdings habe ich bei allen Reformen der Rentenversicherung auch immer dafür gekämpft, dass nicht nur auf das Renteneintrittsalter geschaut wird, sondern auch darauf, wie lange hat eigentlich ein Mensch gearbeitet. Deshalb gibt es im aktuellen Rentenrecht auch die Möglichkeit, dass man nach 45 Beitragsjahren weiterhin ohne Abschlüsse mit 65 in Rente gehen kann.

metallzeitung: Wie meinen sie das?

Laumann: Bei der Rente sehe ich ein viel gravierenderes Problem auf uns zu kommen. Wer sein Leben lang für den von den Gewerkschaften geforderten Mindestlohn von 7,50 Euro arbeitet, wird nach 47 Arbeitsjahren nur noch eine Rente von 530 Euro erhalten, die damit unter dem Grundsicherungsniveau liegt. Wer wie die Gewerkschaften für starke Sozialversicherungen mit klaren Rechtsansprüchen steht, sollte mithelfen, dass ein Mensch nicht nach einem langen harten vollschichtigen Erwerbsleben im Alter zum Bittsteller beim Staat wird. Wir sollten gemeinsam dafür eintreten, dass die Rente nach Mindesteinkommen, bei der unterdurchschnittliche Beiträge aufgewertet werden, wieder eingeführt wird. Denn dann erhielte der Beispiel-Rentner nicht 530 Euro, sondern rund 770 Euro. Damit läge er dann oberhalb der Grundsicherung.

metallzeitung: Ein anderes Reizthema zwischen CDU und IG Metall: der Mindestlohn. Welche Position vertreten Sie? Wie kann der Konflikt und auch die Blockade der CDU hinsichtlich eines Mindestlohns gelöst werden?

Laumann: Meine oberste Prämisse ist die Tarifautonomie mit starken Sozialpartnern. Niemand kann besser gerechte Löhne festlegen als die Tarifparteien. Staatlich festgelegte Mindestlöhne spiegeln weder die wirtschaftliche Situation einer Region noch die einer Branche wieder. Ich bin der Überzeugung, dass politisch festgelegte Mindestlöhne die Gewerkschaften gerade in niedrig entlohnenden Branchen weiter schwächen werden.

metallzeitung: Das heißt?

Laumann: Ich bin für Tarifautonomie. Die Politik sollte sich aus der Lohnfindung heraushalten. Aber gleichwohl bin ich dafür, gültige Tarifverträge durch die Politik allgemeinverbindlich zu erklären, falls es in Branchen zu Lohndumping durch nicht tarifgebundene Unternehmen kommt. Dann muss jeder Arbeitgeber einer Branche einen tariflich festgelegten Lohn zahlen. Von dieser Möglichkeit haben wir in Nordrhein-Westfalen Gebrauch gemacht. Die Tarifverträge im Hotel- und Gaststättengewerbe, im Wach-

und Sicherheitsgewerbe und im Friseurgewerbe sind von mir allgemeinverbindlich erklärt worden. Damit haben wir rund 200.000 Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen vor sittenwidrigen Löhnen geschützt. Die Basis hierfür haben die Tarifvertragsparteien und nicht ein willkürlich durch Politik festgelegter Mindestlohn geliefert. So stärken wir ganz konkret Tarifautonomie und die Sozialpartner. Sollte es Lohndumping durch ausländische Firmen geben, bietet das Arbeitnehmerentsendegesetz eine gute Möglichkeit, Tariflöhne auch für ausländische Firmen in Deutschland festzulegen.

metallzeitung: Wo sehen sie gemeinsame Punkte, die IG Metall und CDU anpacken sollten?

Laumann: Die IG Metall sollte mit uns dafür kämpfen, die Renten armutsfest zu machen und das Schonvermögen für die Altersvorsorge beim Arbeitslosengeld II zu erhöhen. Diese Gerechtigkeitslücken müssen endlich geschlossen werden.

metallzeitung: Konkret?

Laumann: Es ist nicht einzusehen, dass ein Arbeitnehmer, der in Hartz IV fällt, sein für das Alter angelegtes Vermögen bis auf maximal 16.250 Euro aufzehren muss. Damit kann nur eine zusätzliche Rente von rund 84 Euro im Monat erreicht werden. Die Freibeiträge zur Altersvorsorge sollen deshalb bis zu einem Betrag von 45.500 Euro für alle Anlageformen der Altersvorsorge erhöht werden. Damit kann eine zusätzliche private Rente von ca. 235 Euro monatlich erreicht werden.

metallzeitung: Weitere gemeinsame Punkte, die IG Metall und CDU Ihrer Meinung nach anpacken sollten?

Laumann: Die IG Metall und alle anderen Einzelgewerkschaften können dafür sorgen, dass die neu geschaffenen Möglichkeiten der Mitarbeiterkapitalbeteiligung auch in der Praxis zu einem Erfolg für ihre Mitglieder werden. Denn gerade die Beteiligung von Mitarbeitern bietet zusätzlich zu Tarifverträgen die Möglichkeit, Arbeitnehmer in wirtschaftlich guten Jahren intensiver am Erfolg der Unternehmen zu beteiligen. Diese Beteiligung darf aber kein Lohnbestandteil sein, sondern muss zusätzlich sein. Gleichzeitig sollte die IG Metall ähnlich ihrer Kampagne "Besser statt billiger" dieses Instrument auch dafür nutzen, die metallverarbeitenden Unternehmen damit zu stärken. Denn Mitarbeiterkapitalbeteiligung kann die Eigenkapitalquote erhöhen und bietet somit mehr Schutz vor ausländischen Finanzinvestoren.

metallzeitung: Die IG Metall macht sich stark für Leiharbeit. Gleiches Geld für gleiche Arbeit ist ein Menschenrecht, sehen Sie das auch so?

Laumann: Wir sollten nicht den Fehler machen, Leiharbeit grundsätzlich zu verteufeln. Leiharbeit kann für Unternehmen ein Instrument sein, sehr flexibel auf Auftragsschwankungen und konjunkturelle Einflüsse zu reagieren. Aber Zeitarbeit sollte die Ausnahme in den Belegschaften bleiben. Auch ich höre Einzelbeispiele von Unternehmen, die offenbar Großteile ihrer Beschäftigten durch Leiharbeiter ersetzen. Dazu sage ich klar und deutlich: Das ist nicht in Ordnung. Gleichzeitig sage ich aber auch, dass kaum eine Branche eine so hohe Tarifbindung aufweist wie die Zeitarbeit. Aber hier gibt es auch Tarifverträge mit Gewerkschaften, die ich nicht akzeptieren kann. Da aber wirklich harte und neutrale Fakten zum Thema Zeitarbeit fehlen, habe ich eine Studie für Nordrhein-Westfalen in Auftrag gegeben. Wir werden die Ergebnisse dieser bundesweit einmaligen Studie sorgfältig auswerten und damit auch eine Basis für eine sachgerechte Diskussion legen. Im Übrigen bin ich bereit, auch in der Zeitarbeit Tarifverträge allgemeinverbindlich zu erklären.

metallzeitung: Thema "Besser statt billiger" - in NRW unterstützen sie Betriebsräte der IG Metall. Was genau bezwecken Sie damit?

Laumann: Wir haben "Besser statt billiger" mit rund 1,3 Millionen Euro gefördert. Das Ziel des Projekts, gemeinsam mit Betriebsräten und Belegschaften Konzepte gegen den Dumpingwettbewerb von Unternehmensleitungen zu entwickeln, halte ich für richtig. Deutschland kann und darf bei unseren sozialen Standards kein Billiglohnland werden. Daher müssen wir vor allem unsere Stärken stärken. Und dabei leisten Betriebsräte eine unverzichtbare Arbeit, da sie wissen, was im Betrieb los ist. Durch diese Kampagne konnten mehrere 10 000 Arbeitsplätze vor Abbau oder Verlagerung gerettet werden. Wir müssen mit immer besserer Qualität punkten. Ich rede nicht nur, sondern ich unterstütze auch die Arbeit von Betriebsräten und IG Metall.

metallzeitung: Ihre Kritiker in NRW behaupten derzeit, dass sie links blinken und dann doch rechts zu überholen. Wo lassen Sie Ihren Bekenntnissen konkrete Taten folgen, die auch Metallerinnen und Metaller gut heißen?

Laumann: Das sagen vor allem Menschen, die sich darüber ärgern, dass ich Themen aufgreife und mit Jürgen Rüttgers gemeinsam durchsetze, die die SPD verschlafen hat, weil sie nicht mehr nahe bei den Menschen ist. Ich zähle aber gerne nochmal auf: Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I, Einsatz für die Erhöhung des Altersvorsorge-Schonvermögens beim Arbeitslosengeld II, Kampf für eine generationengerechte und zukunfts feste Rente, Allgemeinverbindlicherklärungen in mehreren Branchen... Ich glaube, meine Bilanz kann sich aus Sicht der Arbeitnehmer sehen lassen. Das zeigt: Die CDU ist eine Volkspartei und auch für die Arbeitnehmer da.